

Dirk van Laak

Die Sicht der Geschichtswissenschaft auf die Demokratieggeschichte im Archiv

Beitrag zur Tagung „Demokratieggeschichte im Archiv“, 26. April 2023 in Leipzig

Zunächst möchte ich Ihnen herzlich danken für die Einladung zu dieser Frühjahrstagung und mich zugleich dafür entschuldigen, dass ich nur teilweise daran habe teilnehmen können. Im September 2023 findet hier in Leipzig der 54. Deutsche Historikertag statt, und dessen Vorbereitung bindet momentan bei mir einiges an Aufmerksamkeit.

Das Leipziger Stadtarchiv darf sicher als eines der eindrucksvollsten in Deutschland gelten. Es besitzt zudem enorm viel Ausbau-Potential – und es führt auch keine U-Bahn drunter her, die das hier Gesammelte gefährden könnte. Insofern haben Sie sich für Ihre Tagung einen guten und zukunftssicheren Ort gewählt.

Mein eingangs zuzugestehendes Dilemma ist wie das von vielen Kolleg:innen: Vor dem Hintergrund der schleichenden Transformation deutscher Lehrstühle in Zentren des Wissensmanagements habe ich viel zu wenig Gelegenheit, selbst in Archive zu gehen. Vielmehr gebe ich zu, dass auch ich mich aus Zeitgründen fast genötigt sehe, Forschungsprojekte selbst zu bearbeiten, die sich auch ohne große Zeitaufwände bearbeiten lassen, wie Recherchen in Archiven sie benötigen. Das ist ein bedauerliches (und bedauerndes) Bekenntnis, das aber auf Erfahrung beruht.

Ewald Grothe ist freilich mein Zeuge, dass ich immer wieder mit Studierenden in Archive gegangen bin, um sie neugierig zu machen – und immer wieder enttäuscht, nicht selbst gleich dort sitzen bleiben zu können. Diese schon an der Justus-Liebig-Universität in Gießen gepflegte Tradition habe ich hier in Sachsen fortgesetzt. Außerdem lese ich gerne die hessischen (*Archivnachrichten aus Hessen*) und die sächsischen (*Sächsisches Archivblatt* bzw. saxarchiv.hypotheses.org) Archivnachrichten. Anfangs der 1990er Jahre habe ich für zwei Jahre im – damals noch so genannten – Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf als Wissenschaftlicher Mitarbeiter den Nachlass des Staatsrechtlers Carl Schmitt verzeichnet und seither einen hohen Respekt vor der Tätigkeit des Archivars behalten.

In der Folge habe ich dann immer wieder den Kontakt gesucht und unter anderem in Hessen einen von Historikern und Archivaren zusammengesetzten Arbeitskreis „Hessische Zeitgeschichte“ gegründet, der weiterhin existiert. Zudem habe ich auf Historikertagen unter anderem Sektionen wie „Der Geschmack des Archivs“ – in Anlehnung an das Buch von Arlette

Farge, das der Göttinger Historiker Alf Lüdtke 2011 auf Deutsch herausgab – organisiert, an der unter anderem Michael Hollmann vom Bundesarchiv beteiligt war. Darin ging es um die Materialität der Akten und der Aktendeckel, der Bindfäden und der Gurte, um die zufälligen Funde zwischen den Papieren, um Bilder, Zeichnungen, die Archivgebäude, die Benutzerordnungen, die Geräusche im Benutzersaal wie die Gespräche der Nutzer untereinander, das Geclapper der Rollwagen etc. im Kontrast zu der schwachen Sinnlichkeit des Digitalen.

Denn auch deshalb versuche ich Interesse an Archiven und Papieren zu wecken, weil ja die „algorithmisch gesteuerte Gedächtnisästhetik“, wie der Berliner Kultur- und Medienwissenschaftler Wolfgang Ernst das schon 2012 (in: *Der Archivar*) genannt hat, bei den jungen Leuten, namentlich den Studierenden, weiter voranschreitet. Es wird schon deswegen immer schwerer, sie von der Lektüre von Büchern zu überzeugen, weil die „Diskrepanz zwischen leicht und schwer verfügbaren Quellen steigt“, so der Münchner Historiker Kiran Klaus Patel im Jahr 2011.

Ich bin aber heute nicht hier, um über Archive an und für sich zu sprechen, sondern über die besondere Perspektive eines Zeithistorikers auf die Demokratiegeschichte in Archiven. Und da habe ich verstanden, dass sich gerade eine Revitalisierung des Demokratie-Begriffs abzeichnet, die natürlich wie immer seine Ursachen in zeitgenössischen Wahrnehmungen hat.

Das war unter anderem bei der Einrichtung der universitären Zeitgeschichte am Anfang der 1960er Jahre in Westdeutschland nach antisemitischen Vorfällen so oder bei den Aktivitäten im Nachgang zu Bundespräsident Gustav Heinemanns Aufforderung der frühen 1970er Jahre, sich eines breiteren Verständnisses von demokratischen Traditionen anzunehmen. Daraus ist dann im Gefolge der Wettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten entstanden, der sich einfügte in die Welle der sogenannten Alltagsgeschichte in den 1980er Jahren. Die hat auch ein neues Verständnis von demokratischer Geschichte und von Zugänglichkeit historischer Überlieferung mit sich gebracht.

Von solchen Gedanken mit inspiriert waren dann ja nach 1990 auch die Öffnungen der Stasi-Archive und der DDR-Überlieferungen überhaupt, weil sie jedem Mitlebenden erlauben sollten, sich zu seiner Geschichte möglichst rasch in ein Benehmen zu setzen. Solche Art von Transparenz ist ja auch eine der Gründungsideen des modernen Archivs generell gewesen, also die Ermöglichung einer Überprüfbarkeit von herrscherlichen und verwaltenden Tätigkeiten durch den Bürger. Archive sind also *per se* auch ein Teil der Demokratiegeschichte.

Meinem generellen Eindruck nach funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Archiven und wissenschaftlicher Forschung im Grunde recht gut – wenn es zum Beispiel gerade (im April 2023) keinen größeren Aufreger gibt als die Frage, ob das Bundesarchiv die gefälschten Hitler-Tagebücher von 1983 verwahren sollte oder nicht.

Hier auf der Tagung geht es aber noch einmal etwas enger um Demokratiegeschichte in Parteiarchiven, wenn ich das recht verstanden habe. Damit habe ich verschiedene (Archiv der Freiheit, Archiv der Sozialen Demokratie, Archiv für Christlich-Demokratische Politik usw.) aber eigentlich durchweg positive Erfahrungen gemacht. Denn ich habe mich mal mit Willy Brandt und mit Franz Blücher beschäftigt, war einige Jahre im Wissenschaftlichen Beirat der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg und habe als Mitglied der „Kommission zur politischen und parlamentarischen Geschichte des Landes Hessen“ zwei Tagungen mit organisiert, die im Hessischen Landtag stattfanden.

Mit einer gewissen Skepsis habe ich allerdings die jüngeren Initiativen aus Richtung Bundespräsidialamt und dem Kulturstaaatsministerium verfolgt, angesichts von politischer Entfremdung und einer Neigung zu Nicht- oder zu Protestwahlen eine erneute Initiative zu starten, die Demokratie historisch positiver zu verankern. Hieraus sind bekanntlich das Netzwerk sowie eine Bundesstiftung „Orte der Demokratiegeschichte“ entstanden.

Das kann man im Prinzip natürlich nur begrüßen. Dennoch habe ich mich zusammen mit dem Frankfurter Kollegen Christoph Cornelißen vor zwei Jahren insofern mahnend bemerkbar zu machen versucht, als wir dazu rieten, kein allzu affirmatives Verständnis von Demokratie zu transportieren oder gar amtlich zu dekretieren.

Die Planungen für eine Renovierung und Erweiterung der Paulskirche ließ uns zudem befürchten, dass das wieder sehr westdeutsch ausfallen könnte – und so ganz ist unsere Befürchtung noch nicht überwunden. Wir wollten demgegenüber darauf hinweisen, dass in einem historisch weiteren Verständnis zahlreiche Orte dieser Demokratiegeschichte heute auch im Osten des Landes liegen, in Eisenach, in Weimar oder in Leipzig.

Und wenn man diese Linie, die nach Osten noch bis Danzig zu verlängern wäre, Richtung Südwesten über Rastatt, das Hambacher Schloss oder Karlsruhe vielleicht sogar bis nach Paris ziehen würde, ließe sich, wie wir vorgeschlagen haben, so etwas wie eine *Diagonale der Demokratie* quer durch Deutschland und Europa ziehen. Das muss man freilich wollen und darf selbstverständlich andere Orte in Nord- und Süddeutschland darüber nicht vergessen.

Gegenüber der „affirmativen Versuchung“ haben wir argumentiert, dass sich weit über das Erbe des „Dritten Reiches“ und die deutsche Geschichte hinaus vielmehr Sichtweisen einer unhintergehbaren historischen *Ambivalenz* aufdrängen. Denn bei fast allen historischen Wandlungsprozessen gehen Utopien und Ernüchterungen Hand in Hand, gibt es Profiteure und Benachteiligte, berechnete Interessen und solche, die sich nicht durchsetzen konnten.

Das gilt insbesondere für eine Demokratie in unserem heutigen Verständnis. Demokratie ist notwendigerweise von Streit und von Enttäuschungen begleitet. Sie ist dynamisch wie stets auch gefährdet. Und sie bringt Gewinner und Verlierer hervor, wenn auch insgesamt auf einem weitaus geringeren Niveau als andere Systeme. Dies sollte sich auch in Geschichtsbildern und im Gedenken niederschlagen. Politische, ideologische und soziale Konflikte dürfen bei der Um- und Neugestaltung von Orten der Demokratie nicht umgangen werden.

Das könnte man, um ein Beispiel zu nennen, sehr schön an der engen Bezogenheit von Frankfurt am Main und Leipzig aufeinander darstellen: Beide Städte verfügen über eine bedeutsame Tradition demokratischer Aufbrüche, beides sind Städte der Messe, des Handels, der Universität, der Zuwanderung, der jüdischen Geschichte und des „zivilen Ungehorsams“, Geburtsstätten der Frauen- und der Arbeiterbewegung, des Leipziger Reichstagsbrandprozesses und des Frankfurter Auschwitz-Prozesses.

Das könnte man endlos verlängern und käme zu Orten, die das Heroische wie auch das Prekäre der Demokratie in aller Vielschichtigkeit repräsentierten. Dass auch Goethe und Schiller entlang dieser *Diagonale der Demokratie* entlangmarschiert sind – nun ja, man entkommt den beiden eben nirgendwo! Uns kam es unter anderem darauf an, endlich anzuerkennen, dass es nach 1945 auch östlich des „Eisernen Vorhangs“ beeindruckende Dokumente des Bürgersinns gab.

Mir und uns läge jedenfalls daran – und dazu könnten und müssten Archive das Ihrige beitragen –, dass jede Demokratiegeschichte den Faktor der Diversität betont, die vielfachen migrantischen Hintergründe in der Bevölkerung sowie das oft heillos Hybride, das unsere Gegenwart prägt. Das gilt auch für die Herausforderung durch das, was mit dem amerikanischen Literaturwissenschaftler Michael Rothberg als „multidirektionales Erinnern“ bezeichnet wird sowie durch die Kolonialgeschichte, die sich in Partei- und anderen Archiven freilich oft nur eingeschränkt widerspiegelt.

Momentan bin ich gerade mit der Gründungsgeschichte des Bundesverwaltungsgerichts beschäftigt, das seit 2003 hier in Leipzig im Gebäude des alten Reichsgerichts residiert. Dabei

geht es insofern auch um Fragen der Demokratie, als das Gericht ja für einen Rechtsschutz des Bürgers gegenüber der Verwaltung und dem steht, was man heute eben nicht mehr „Obrigkeit“ nennt. Noch viel zu oft wird auch heute noch auf „den Staat“ verwiesen, so als wäre das etwas Entferntes und Selbständiges, zu dem man sich in ein defensives Verhältnis setzen kann.

In dem Zusammenhang wird immer wieder von einer wachsenden „Demokratie“- oder „Politikverdrossenheit“ gesprochen, eine Kategorie, die mir nicht so sehr behagt. Es sind wohl eher Prozesse der Gewöhnung und des Selbstverständlich-Werdens von demokratischen Verfahren damit gemeint. Meines Erachtens wäre es hilfreich, auch über Archivbestände so etwas zu hinterfragen.

Es sollte stärker über das politische Tagesgeschäft aufgeklärt werden, über das Zusammenspiel von organisierten Interessen, auch die Rolle des Lobbyismus. Dabei müssten pauschale Kategorisierungen wie „die Politik“, „der Staat“, „die Medien“ oder „die Eliten“ aufgebrochen werden, um den Bürger und die Bürgerin in seiner bzw. ihrer Mitverantwortung wieder stärker mit in die Prozesse hereinzuholen.

Politik muss meines Erachtens als etwas Menschliches, Menschengemachtes, von eigenen Gesetzen Geprägtes dargestellt werden – gestern hat jemand auf dieser Tagung über „Parlamentarische Stilblüten als Aspekt der Demokratiegeschichte“ gesprochen, was ich in diesem Zusammenhang gern gehört hätte. Denn gerade der Humor ist eine im politischen Prozessen nicht zu überschätzende Kulturtechnik.

Dirk van Laak ist Professor für die Geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts an der Universität Leipzig.